

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 31. Oktober 2023

Aktuelle Stunde

Die Finanzierung der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen hat den Landtag beschäftigt. Der Aktuelle Stunde lagen Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD zugrunde. S. 3

Parlamentsnacht

Der Landtag hat am 29. September 2023 die Nacht zum Tag gemacht: Rund 4.500 Gäste kamen zur Parlamentsnacht und feierten ein „Fest der Demokratie“ in ihrem Landesparlament. S. 12-13

Haushalt

Die Pläne für den Haushalt 2024 waren Thema einer Anhörung. Im Haushalts- und Finanzausschuss äußerten sich Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 50 Verbänden und Organisationen. S. 9-11

Ehrenamt

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat erstmals die Ehrenamtsmedaille verliehen. Ausgezeichnet wurden sieben Einzelpersonen und Organisationen für ihr ehrenamtliches Engagement. S. 16-17



Solidarität mit Israel

INHALT



Foto: Schälte

Ringen um die Finanzen

<u>Anhörung zum Haushaltsentwurf 2024</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Plenum

<u>Die Finanzen und die soziale Infrastruktur</u>	S. 3
---	------

<u>Solidarität mit Israel – Kampf gegen den</u>	
---	--

<u>Antisemitismus</u>	S. 4
-----------------------------	------

<u>Meldungen</u>	S. 6
------------------------	------

<u>Gesetzgebung</u>	S. 8
---------------------------	------

Forum

<u>Parlamentsnacht 2023 – Ein Fest der Demokratie</u>	S. 12
---	-------

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 14
---------------------------------	-------

Forum

<u>Ehrenamtsmedaille verliehen</u>	S. 16
--	-------

Ausschüsse

<u>Meldungen</u>	S. 18
------------------------	-------

Porträt

<u>Dr. Martin Vincentz (AfD)</u>	S. 19
---------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u>	S. 20
---------------------------	-------

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 27. Oktober 2023, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Die Finanzen und die soziale Infrastruktur

26. Oktober 2023 – Der Fachkräftemangel und die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind auch in den sozialen Einrichtungen des Landes zu spüren. Nach Protesten befasste sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit der Finanzierung von sozialen Einrichtungen wie Kitas, Offenen Ganztagschulen (OGS) und Senioreneinrichtungen.

Die Aktuelle Stunde war von der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der AfD beantragt worden. Rund 22.000 Menschen hatten am 19. Oktober 2023 vor dem Landtag demonstriert, weil sie Einschnitte und Versorgungsengpässe befürchteten.

„Inflation und Tarifsteigerungen bedrohen viele Träger essentiell. Maßnahmen der Landesregierung folgten aber nicht und auch im aktuellen Haushaltsplan sind keine ausreichenden Mittel eingeplant. Damit drohen Insolvenzen im sozialen Bereich“, kritisiert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/6481).

Die AfD warnt in ihrem Antrag (18/6482): „Es ist fünf vor zwölf: Wegen Unterfinanzierungen drohen in NRW jetzt kurzfristig Schließungen.“ Grund sei eine „erhebliche Finanzierungslücke“, die insbesondere freie Träger von Einrichtungen bedrohe.

„Die Demonstration vom 19. Oktober war ein Fanal“, befand **Jochen Ott**, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Es handle sich um den größten Protest gegen eine Landesregierung seit 20 Jahren – um einen Protest aus Verzweiflung. Ott warf der Landesregierung vor, einen drohenden Kollaps der sozialen Infrastruktur einfach auszusitzen. „In Wahrheit sind Ihnen die Familien in diesem Land schlicht egal“, sagte er und rief zum Handeln auf. Er schlug vor, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und einen Pakt für Nordrhein-Westfalen zu schließen. Gute Schulen, verlässliche Kitas und ausreichend Ganztagsplätze seien keine Zauberei.

Zacharias Schalley (AfD) sprach in Anspielung auf Otts Rede von „Krokodilstränen“: Die SPD habe ebenso Anteil an der Situation. Jah-

relang seien die Probleme zur Seite geschoben worden. Eine chronische Unterfinanzierung sei seit Langem bekannt. „Inzwischen ist es zur traurigen Normalität geworden, dass Erzieher an der Belastungsgrenze arbeiten“, beklagte er. Es gelte, „Druck aus dem Kessel“ zu nehmen. Dazu schlug er vor, Eltern eine ausreichende finanzielle Entschädigung zu zahlen, wenn sie ihre Kinder unter drei Jahren zu Hause betreuen, statt sie in Kindertagesstätten betreuen zu lassen.

Angespannte Finanzlage

Aus dem Appell der Wohlfahrtsverbände „NRW bleibt sozial!“ lasse sich nur ein Status quo ableiten: „Nordrhein-Westfalen ist sozial“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schick**. Das sei der Anspruch von Schwarz-Grün. NRW sei das „soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland und wird es auch bleiben“. Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass die finanzielle Lage nach der Corona-Pandemie und aufgrund des Ukraine-Krieges „so angespannt wie nie“ sei. Das spürten auch soziale Einrichtungen. Die Landesregierung investiere in die soziale Infrastruktur, während der Bund spare und Land sowie Kommunen „in die Tasche“ greife.

Wenn Schwarz-Grün das soziale Gewissen in NRW wäre, hätten nicht 22.000 Menschen der Landesregierung bei der Demo in der vergangenen Woche die „rote Karte“ gezeigt, erwiderte **Marcel Hafke** (FDP). Die Probleme seien nicht auf mangelndes Engagement des Bundes zurückzuführen. Die Landesregierung kapitulierte vor der Lage in Kitas, der OGS und der

Pflege. „Wir erleben ja nicht einmal mehr einen Handlungsversuch“, kritisierte Hafke. Die soziale Infrastruktur in NRW habe „massive Nöte“. Besonders im OGS- und Kita-Bereich gebe es „dramatische Zustände“. Auf Hilferufe der Träger habe die Landesregierung kaum oder überhaupt nicht reagiert.

Verena Schäffer, Fraktionsvorsitzende der Grünen, sagte, sie teile das Anliegen der Demonstrantinnen und Demonstranten, denn es gehe um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Koalition wisse um die Notwendigkeit einer starken sozialen Infrastruktur. Auch seien die Tarifsteigerungen zu begrüßen, die Mitarbeitenden hätten sie verdient. Schäffer verwies zugleich auf eine angespannte Haushaltslage. Trotz dieser Lage setze die Koalition Schwerpunkte bei Kindern und Bildung und gebe hier mehr Geld aus. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege seien auch unter Druck, weil der Bund an empfindlichen Stellen kürze.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) betonte ebenfalls die angespannte Haushaltslage. Die Krisen der vergangenen Jahre hätten dazu geführt, dass die staatlichen Reserven aufgebraucht seien. Der Kampf gegen den Fachkräftemangel sei ein Schwerpunkt des Koalitionsvertrags. Das Land habe beispielsweise bei Erziehung, Pflege und im Schulbereich die Ausbildung in großem Umfang gesteigert. Mit Blick auf die Kritik der SPD verwies er auf den Bundessozialminister, der Kürzungen im Sozialbereich vornehme. Wer im Glashaus sitze, solle daher nicht „so stark mit Steinen werfen“. Laumann betonte, NRW sei „ein starker Sozialstaat“ und bleibe dies auch. *sow, tob, wib*



Fotos: Schälte

Jochen Ott (SPD)

Zacharias Schalley (AfD)

Thorsten Schick (CDU)

Marcel Hafke (FDP)

Verena Schäffer (Grüne)

Gesundheitsminister
Karl-Josef Laumann (CDU)

Solidarität mit Israel – Kampf

25. Oktober 2023 – Am Morgen des 7. Oktober 2023 griffen Hunderte Terroristen der radikal-islamischen Hamas Israel an – begleitet von einem massiven Raketenbeschuss. Israel beklagt seither mehr als 1.400 Tote, die meisten von ihnen Zivilistinnen und Zivilisten. Mehr als 200 Menschen wurden als Geiseln genommen und verschleppt. Der Landtag gedachte der Opfer und versicherte Israel seine Solidarität.

Die Abgeordneten verabschiedeten einstimmig einen fraktionsübergreifenden Antrag (18/6358), in dem sie auch zum Kampf gegen den Antisemitismus aufrufen. Der Antrag war von den Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP eingebracht worden. Darin heißt es u.a.: „Unser Mitgefühl und unsere Trauer sind in diesen Zeiten beim israelischen Volk. Wir fühlen mit unseren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen, denn viele von ihnen haben Angehörige und Freundinnen und Freunde, die dem Terror zum Opfer gefallen sind.“

Antisemitisches Gedankengut

Der Angriff sei geprägt von antisemitischem Gedankengut. „Für uns ist klar: Jüdisches Leben gilt es jederzeit, überall und ohne Einschränkungen zu schützen. Das wird uns in diesen Zeiten in schrecklicher Weise vor Augen geführt.“ Die Abgeordneten verurteilen mit Blick auf Demonstrationen in Deutschland auch „jegliche Verherrlichung von Gewalt gegen die israelische Bevölkerung und gegen den Staat Israel“.

„Der 7. Oktober ist eine Zeitenwende“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schick**. Seit der Shoah seien nicht mehr so viele Jüdinnen und Juden an einem Tag getötet worden. Aus der Shoah erwachse Verantwortung für Deutschland: Die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson, wiederholte Schick eine Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er schäme sich, wenn hier in Deutschland Juden ihre Kippa aus Angst verstecken müssten. „Auch die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland ist deutsche Staatsräson“, ergänzte Schick daher. Es dürfe keinen Platz für Hass geben. Das Versprechen „Nie wieder!“ erfordere neue Wege der Prävention. Es gelte, viel mehr dorthin zu gehen, „wo der Wind von vorne bläst“. Dabei seien alle gefragt: „Wir müssen alle Botschafter des ‚Nie wieder!‘ werden.“

„Dieser Landtag steht zu Israel“, betonte auch der SPD-Fraktionsvorsitzende **Jochen Ott**. „Ihr seid nicht allein“ – nicht in der Angst, Trauer oder Wut und auch nicht in der Hoffnung, wandte er sich an Jüdinnen und Juden. Auch die Menschen im Gazastreifen und im

Westjordanland hätten ein Recht auf Frieden und Freiheit, ebenso wie jede und jeder das Recht habe, dafür zu demonstrieren. Aber „niemand, wirklich niemand“ habe das Recht, den Tod von Jüdinnen und Juden zu feiern oder die Vernichtung des Staates Israel auszurufen, stellte Ott klar. Er forderte mehr politische Bildung, mehr Herzensbildung und die Ausbildung zu Demokratinnen und Demokraten, die auch in schwierigen Zeiten zu den Werten des Grundgesetzes stünden. Und er betonte: „Die Hoffnung dürfen wir niemals aufgeben.“ Schließlich gebe es auch viele Menschen in den palästinensischen Gebieten, die Frieden mit Israel wollten.

Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** sagte, die Hamas gehe mit einer „unvorstellbaren Brutalität“ gegen den Staat Israel vor und wolle diesen vernichten. Die Gräueltaten und Verbrechen seien durch nichts zu rechtfertigen. Sie betonte: „Unsere Solidarität gilt dem Staat Israel und seinen Menschen.“ Deutschland stehe „ohne Wenn und Aber“ für das Existenzrecht Israels ein. Die Hamas richte sich zugleich gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und



Auch Vertreterinnen und Vertreter jüdischer Verbände verfolgten die Diskussion im Plenarsaal.



Schweigeminute für die Opfer des Terroranschlags

gegen den Antisemitismus

missbrauche die Menschen im Gazastreifen als „menschliche Schutzschilde“. Schäffer kritisierte auch, dass Hass gegen Israel auf deutsche Straßen getragen werde. Deutschland erlebe einen massiven Antisemitismus. Es zeige sich, dass die Maßnahmen im Kampf gegen diesen Antisemitismus nicht ausreichen. Sie zu verstärken, sei eine gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten.

„Barbarischer Angriff“

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** sprach von einem „barbarischen Angriff“ der Hamas auf Israel und dem größten Angriff auf Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust. Er erinnerte auch daran, dass die Menschen in Israel seit Jahrzehnten mit dem Terror lebten. Höne warnte davor, Täter und Opfer zu verwechseln. Er trauere um alle Opfer und wünsche der ganzen Region Frieden. Es sei jetzt jedoch nicht die Zeit für eine „Ja-Aber-Debatte“. So kompliziert die Lage in Nahost sei: Terroristen aus Gaza hätten Menschen aufgrund ihres Glaubens getötet. Höne betonte, dass die Sicherheit und das Existenzrecht Israels und die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland deutsche Staatsräson seien. Die antisemitischen Übergriffe beschämten ihn. Der Kampf gegen den Antisemitismus müsse verstärkt werden.



Fotos: Schälte

„Teil unserer Staatsräson“

Vor Eintritt in die Tagesordnung wandte sich André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, an die Abgeordneten im Plenum: „Uns alle eint in dieser Stunde der Schmerz und die Trauer über die Opfer der abscheulichen Verbrechen der Hamas in Israel vom 7. Oktober. Uns alle eint die Sorge um die vielen Menschen, die seitdem als Geiseln in ihrer Gewalt sind. Ihre Befreiung muss Priorität haben. Uns eint die Einsicht, dass wir den Terror der Hamas verurteilen, aber nicht pauschal die Menschen in den palästinensischen Gebieten oder gar generell Menschen muslimischen Glaubens. Auch sie haben Opfer zu beklagen und auch diesen Menschen gilt unser Mitgefühl.“

Zudem sagte Kuper: „Wir sind entsetzt über die Flut des Hasses und die Bedrohung von israelischen und jüdischen Menschen und ihren Unterstützern in unserem Land – auch hier in Nordrhein-Westfalen. Uns alle eint in dieser Stunde zudem die Entschlossenheit, menschenfeindlicher, menschenverachtender Gewalt die Stirn zu bieten, in diesem Land und auch darüber hinaus. Israel ist und bleibt Teil unserer Staatsräson. Und ich sage bewusst: Auch jüdisches Leben ist und bleibt Teil unserer Staatsräson.“

Kuper begrüßte im Plenarsaal Mitglieder jüdischer Verbände und jüdischen Lebens,



André Kuper,
Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen

die die Rede verfolgten. Zu Gast waren u. a. Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein sowie Westfalen-Lippe, des Jüdischen Nationalfonds sowie der internationalen Stiftung Auschwitz-Birkenau, außerdem die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und Dr. Gil Yaron, Direktor des nordrhein-westfälischen Büros in Israel.

Im Anschluss an die Rede erhoben sich alle Abgeordneten, um aller Opfer im Zusammenhang mit dem Terror vom 7. Oktober 2023 zu gedenken und den Angehörigen ihr Mitgefühl auszudrücken.

Der 7. Oktober 2023 werde als einer der „schwärzesten Tage“ in die Geschichte eingehen, sagte **Dr. Martin Vincentz**, Fraktionsvorsitzender der AfD. Seit 1945 seien an keinem anderen Tag mehr Jüdinnen und Juden getötet worden. Seine Gedanken und Gebete seien bei den Familien der Hinterbliebenen und den Angehörigen der Geiseln, sagte Vincentz. Die BBC und andere westliche – auch deutsche – Medien hätten zuletzt „ungefiltert Propaganda der Hamas“ wiedergegeben. Der Terror dürfe weder relativiert noch gerechtfertigt werden. Es mangle in Deutschland an Solidaritätsbekundungen für Israel. Als Partei der „deutschen Rechten“ bekenne sich die AfD zu Israel: „Für uns Patrioten ist ganz glasklar, dass sich Israel als freie Nation verteidigen kann.“ Und: „Als freie Nation, als Deutschland, stehen wir in diesen Tagen zu Israel.“

„Der Terror der Hamas gegen friedliche Zivilisten, gegen Kinder, Jugendliche, Eltern, Großeltern, hat uns alle schockiert und macht fassungslos“, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). „Unsere Gedanken sind bei unseren israelischen Freundinnen und Freunden, bei den Opfern und ihren Familien.“ Die Existenz Israels sei bedroht. „Unsere Haltung in dieser Situation ist klar: Wir stehen fest an der Seite unserer israelischen Freunde – ohne Wenn und Aber.“ Die demokratischen Parteien seien sich einig in ihrer Solidarität mit Israel. In den kommenden Wochen werde es „immer wieder Bilder und Nachrichten geben, die nur schwer zu ertragen sein werden“. Auch in diesem Fall müsse daran erinnert werden, von wem der Krieg ausgegangen sei. Und es gelte auch dann: „Wir stehen an der Seite Israels. Wir unterstützen Israels Recht auf Selbstverteidigung – ohne Wenn und Aber.“ *sow, wib, tob*



Wirtschaftsstandort

25.10.2023 – Die Fraktionen von CDU und Grünen fordern Maßnahmen zur Unterstützung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft beim geplanten klimaneutralen Umbau. Die Hauptaufgabe sei, einen „angemessenen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie sowie Ambition und Akzeptanz durch soziale Sicherheit zu schaffen“, heißt es in einem Antrag ([18/5974](#)). Die Fraktionen verweisen auf die derzeit zusätzlichen Belastungen u. a. durch die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene für eine zeitnahe Einführung eines sogenannten Brückenstrompreises einsetzen. CDU und Grüne fordern weiter eine Absenkung der Stromsteuer und einen consequenten Bürokratieabbau. Die Fraktionen wollen kleine und mittelständische Unternehmen bei der Umstellung auf klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen – dafür soll es ein Finanzierungsinstrument geben. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen, gegen den Antrag stimmten SPD, FDP und AfD.

Besoldung im Schulsystem

25.10.2023 – Ein „Gesamtkonzept für eine gerechte Besoldungsstruktur im System Schule“ fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/6384](#)), den das Plenum beraten hat. Auf ein gleiches Einstiegsgehalt der Lehrkräfte in der Primarstufe und in den Sekundarstufen I und II müsse mehrerlei folgen: Es gelte, auch die Besoldung von „Beförderungs-, Funktions- und Leitungssämtern“ anzupassen, ebenso die der Lehrkräfte im Lehramt Sonderpädagogik. Außerdem solle sich die Landesregierung in Tarifverhandlungen für eine bessere Bezahlung von tarifbeschäftigten Lehrkräften einsetzen, damit sich die Gehaltslücke zu ihren verbeamteten Kolleginnen und Kollegen schließe. Mehr Geld verdienen sollen laut Antrag auch Referendarinnen und Referendare sowie Fachkräfte, die in der Schulsozialarbeit, in der Sozialpädagogik in der Schuleingangsphase oder auch in multipro-

fessionellen Teams arbeiten – etwa im Gemeinsamen Lernen oder in der Integration. Ebenso verdient die Fach- und Werkstattlehrkräfte eine attraktivere Bezahlung. Die Fraktion verweist u. a. auf den Lehrkräftemangel und unbesetzte Schulleitungsstellen an Grundschulen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

KI in Kunst und Kultur

25.10.2023 – Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in Kunst und Kultur war Thema im Landtag. CDU und Grüne betonen in einem Antrag ([18/6359](#)) die Chancen und Potenziale, fordern aber auch „eine sorgfältige Abwägung rechtlicher, ethischer und kreativer Aspekte“. So könne KI persönliche geistige Schöpfungen nicht erschaffen, jedoch Werke erzeugen, die urheberrechtlich geschützten Werken stark ähnelten und kaum von diesen zu unterscheiden seien. KI müsse daher die Sicherheit privater Daten, den Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewährleisten. Die Landesregierung solle konkrete KI-Projekte in Kunst und Kultur fördern und sich für eine Kennzeichnungspflicht von KI-generierten Inhalten einsetzen. Auf Bundes- und europäischer Ebene sei das Urheberrecht zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Kommunen

25.10.2023 – Der Landtag hat sich auf Antrag der SPD-Fraktion mit der Finanzlage der Kommunen beschäftigt. In ihrem Antrag ([18/6383](#)) verweist die SPD auf ein Schreiben von 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kreisangehöriger Kommunen an den Ministerpräsidenten. In diesem „Brandbrief“ werde „vor Gefahren für den Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung“ gewarnt. Laut der Fraktion rechneten nach einer aktuellen Umfrage vier von zehn Kommunen damit, ihren Haushalt im kommenden Jahr nicht mehr ausgleichen zu können. In der Folge seien viele gezwungen, ihre Hebesätze bei der Grund- und

der Gewerbesteuer zu erhöhen – zulasten der Wettbewerbsfähigkeit. Das Land stehe in der Verantwortung, „eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten“, mahnt die SPD. Sie fordert die Landesregierung auf, zeitnah Gespräche u. a. mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine Landeslösung für die Altschuldenproblematik zu führen. Im Anschluss müsse die Landesregierung mit dem Bund über eine finanzielle Beteiligung verhandeln. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales (federführend) überwiesen.

Energiespeicher

25.10.2023 – Die FDP fordert die Landesregierung auf, Technologien zur Speicherung von Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung seien „dezentrale und zentrale stationäre Energiespeicher in großem Umfang notwendig“, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/6367](#)). Dazu zählten u. a. Pump-, Schwungmasse-, Wasserstoff- und Methanspeicher, aber auch thermische Speicher wie Wasser und Salzschnmelzen. In Eigenheimen gebe es bereits dezentrale Speicher für Photovoltaikstrom, in Siedlungen und Wohnvierteln ermöglichten Quartierspeicher die gemeinschaftliche Nutzung von lokal erzeugtem Strom. Die Landesregierung solle den kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf an Energiespeicherkapazitäten in NRW ermitteln und bei der in Bearbeitung befindlichen Energie- und Wärmestrategie berücksichtigen. Für Großspeicher seien Kohlekraftwerksstandorte, ehemalige Kohlebergwerke und Talsperren zu berücksichtigen. Der wachsende Speichermarkt könne zum „Zugpferd einer klimaneutralen Wirtschaft“ werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie überwiesen.

Heimische Nutztiere

25.10.2023 – Typisch regionale Anbaukulturen und heimische Nutztierassen stehen im



Mittelpunkt eines Antrags der AfD-Fraktion ([18/6372](#)). Die „identischer werdenden Konsumgewohnheiten“ führten zu einem Rückgang der Biodiversität in der Landwirtschaft. Damit seien auch „schwierige Anbaugelände“ schlechter zu nutzen. Die Fraktion benennt in der Viehzucht einen „bedenklichen Trend zur Monopolisierung“ und zu „wenigen Hochleistungsrassen“. Heimische Tierassen wie die Lippegans, der Westfälische Totleger oder der Siegerländer Kuhhund seien gefährdet oder zumindest fehle eine gesicherte Datenlage. Heimische Rassen gelte es zu schützen – das nütze auch der Landschaftspflege. Deshalb solle die Landesregierung die Biodiversitätsstrategie entsprechend anpassen und weitere Maßnahmen ergreifen. Der Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen.

Kita-Gründungen

26.10.2023 – Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, Kita-Gründungen durch Elterninitiativen zu vereinfachen. In Nordrhein-Westfalen fehlten rund 100.000 Kita-Plätze, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/6366](#)). Von Elterninitiativen getragene Kindertagesstätten könnten einen Beitrag zur Behebung des Platzmangels leisten, stünden aber vor zahlreichen bürokratischen Hürden. „Die Auflagen und Vorschriften, darunter zum Beispiel der Flächennutzungsplan einer Kommune, können die Gründung von Kitas unmöglich machen.“ Die Landesregierung solle u.a. im Austausch mit Landesjugendämtern die „größten Fallstricke bei der Gründung einer Kita“ identifizieren, um diese abzuschaffen oder zu vereinfachen. Zudem sollten Mittel zur Anschubfinanzierung in der Gründungsphase einer Kita erhöht werden. Bei kürzlich gescheiterten Projekten solle mit den Verantwortlichen vor Ort geprüft werden, ob die Kita doch noch gegründet werden könne. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.

Working Spaces

26.10.2023 – Der Landtag hat über wohnortnahe Arbeiten für Landesbedienstete beraten. CDU und Grüne hatten dazu in einem Antrag ([18/6362](#)) sogenannte Working Spaces vorgeschlagen. Angesichts des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels erhoffen sie sich so, das Land als Arbeitgeber attraktiver zu machen. „Wohnortnahe Arbeitsplatzangebote außerhalb der Büroarbeitsplätze erlauben es, lange Pendelstrecken zu vermeiden, und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, argumentieren die Fraktionen. In Aachen gebe es bereits ein erstes solches Angebot. Nutzen könnten es Beschäftigte der Ministerien, eines Landesbetriebs wie auch der Bezirksregierung Köln. Die Bediensteten müssten so nicht mehr zwischen dem mobilen Arbeiten von zu Hause und dem Büro wählen, sondern könnten eine heimatnahe Arbeitsstätte aufsuchen. Gerade im ländlichen Raum pendelten viele Menschen, entsprechend hoch sei das Erschließungspotenzial für Working-Space-Angebote. Die Landesregierung solle nun u. a. weitere Standorte ausloten. Mit den kommunalen Spitzenverbänden soll sie prüfen, ob Land und Kommunen sich gegenseitig Platz zur Verfügung stellen könnten, um flächendeckende Angebote für Beschäftigte von Land und Kommunen zu schaffen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und AfD angenommen. Die FDP enthielt sich.

Lokalradios

26.10.2023 – Die SPD-Fraktion sorgt sich um die Zukunft der 44 lokalen Radiosender in Nordrhein-Westfalen. „In Zeiten rasanter Veränderungen in der Medienlandschaft stehen die privaten Lokalradios vor großen Herausforderungen“, heißt es in einem Antrag ([18/6388](#)). Die Einführung des Digitalradiostandards DAB+ sowie der Aufstieg von Internet-Angeboten, Streaming-Diensten und digitalen Sprachassistenten hätten den Wettbewerbsdruck weiter erhöht. Die Fraktion mahnt: „Die 44 Lokalradiosender sind wesentliche Akteurinnen in der lokalen Berichterstattung und tragen maßgeblich zur

Aufrechterhaltung der Medienvielfalt sowie der unabhängigen Berichterstattung bei.“ Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, sich zur Struktur des Zwei-Säulen-Modells aus privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk zu bekennen. Es müsse sichergestellt werden, dass auch in Zukunft in allen 44 Verbreitungsgebieten eigene Redaktionen vorhanden seien. „Nur dies sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger mit den lokalen Nachrichten versorgt werden und auch etwa im Katastrophenfall Redakteurinnen und Redakteure von der konkreten Lage vor Ort berichten können.“ Der Antrag wurde an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Proteste an Universitäten

27.10.2023 – Der Landtag hat sich mit einer Großen Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema „Sicherheitsbedenken bei Veranstaltungen an nordrhein-westfälischen Universitäten“ ([18/3621](#)) sowie der Antwort der Landesregierung ([18/4736](#)) befasst. Die Fraktion hatte danach gefragt, ob es in den vergangenen zehn Jahren politische Versammlungen gegen Bildungsveranstaltungen an Universitäten in NRW gegeben habe, welche Personen und Organisationen dabei in Erscheinung getreten seien und ob es Bezüge zum Extremismus gebe. Laut Antwort der Landesregierung hätten sich vier Versammlungen „inhaltlich kritisch mit den Veranstaltungen der jeweiligen Bildungseinrichtung“ auseinandergesetzt. Zwei Versammlungen an der Universität Siegen in den Jahren 2018 und 2019 seien in Medien der „linksextremistischen Szene“ thematisiert worden. „Es liegen jedoch keine belastbaren Erkenntnisse zu einer tatsächlichen Beteiligung der linksextremistischen Szene an den Störungen dieser Veranstaltungen vor.“ An einer Versammlung gegen eine Veranstaltung an der Universität Münster hätten u. a. Mitglieder der „Linksjugend [solid]“ teilgenommen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Mitberatern in der Plenardebatte wurde der Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit“ ([18/6376](#)) der AfD-Fraktion, der an den Wissenschaftsausschuss überwiesen wurde (nach Redaktionsschluss).

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie bei der Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte und des kommunalen Mitspracherechts bei der Zuweisung des Landes an die Kommunen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz | [18/6379](#) | AfD-Fraktion | 1. Lesung am 25. Oktober 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales (federführend)

Elftes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [18/5350](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. Oktober 2023 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKR NRW) | [18/5351](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. Oktober 2023 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Nordrhein-Westfalen | [18/4760](#) (Neudruck) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. Oktober 2023 | verabschiedet

Gesetz zur Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Sozialgesetzbuches Vierzehntes Buch und zur Änderung verschiedener Landesausführungsgesetze im Sozialrecht | [18/6413](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 25. Oktober 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalabgaben-Änderungsgesetz Nordrhein-Westfalen – KAG-ÄG NRW) | [18/6414](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. Oktober 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales (federführend)

Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [18/4593](#), [18/6587](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 26. Oktober 2023 | verabschiedet

Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit | [18/6376](#) | AfD-Fraktion | 1. Lesung am 27. Oktober 2023 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – FGF 2024) | [18/5800](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP-Fraktion | Hauptausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | [18/5940](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW – Bürg-EnG) | [18/5849](#) | Fraktionen von CDU und Grünen | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) | in Beratung

Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW) | [18/5830](#) | AfD-Fraktion | Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) | in Beratung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) | [18/5000](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PfoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften | [18/5467](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW. BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke | [18/5349](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | [18/5468](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/4531](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW | [18/4341](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes | [18/5804](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [18/5803](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Ringen um die Finanzen

19. Oktober 2023 – Die Fachausschüsse des Landtags beraten derzeit über den Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2024. Für Dezember ist die Verabschiedung geplant. In einer Anhörung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses äußerten sich nun Sachverständige zu den finanzpolitischen Plänen der Landesregierung.

Der Haushaltsentwurf der schwarz-grünen Landesregierung (18/5000) sieht Ausgaben in Höhe von rund 101,9 Milliarden Euro und damit 7,2 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr vor. Es ist keine Aufnahme neuer Schulden vorgesehen.

Die Landesregierung rechnet mit Steuereinnahmen in Höhe von 77,7 Milliarden Euro im Vergleich zu 74,4 Milliarden Euro in diesem Jahr. Die Personalausgaben betragen 34,5 Milliarden Euro (32,1). Die Summe der Investitionen steigt von 9,9 auf 10,8 Milliarden Euro. Schwerpunkte bei den Investitionen sind laut Landesregierung Bildung, Klimaschutz und die Energiewende.

Zu der mehrstündigen Anhörung waren Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 50 Verbänden, Vereinen und anderen Organisationen eingeladen worden – darunter Gewerkschaften, Bildungs- sowie Umwelt- und Naturschutzverbände, Interessenvertretungen aus der Justiz, dem Justizvollzug, der Wohlfahrt, von Polizei und weiteren gesellschaftlichen Gruppen. Alle eingegangenen Stellungnahmen und

ein Video der Anhörung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Schulden und Zinsbelastung

Der Landesrechnungshof begrüßte die Entscheidung der Landesregierung, ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen zu wollen. „Vor allem wegen des Rekordschuldenstandes des Landes von über 160 Milliarden Euro und der durch den Schuldenstand hervorgerufenen Zinsbelastung ist die strikte Beachtung des Regel-Ausnahmeprinzips der Schuldenbremse unumgänglich.“ Als „im Grundsatz begrüßenswerte Schritte“ erkenne der Landesrechnungshof auch u.a. die erfolgte Bildung von Ausgabenschwerpunkten und einzelne Prioritätensetzungen an. Dennoch bezweifle man, „ob die Aufstellung eines soliden, nachhaltigen und generationengerechten Haushalts in der erforderlichen Stringenz“ gelungen sei. So sei die Finanzierung der Priorisierungen „nicht durchgängig durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle“ belegt.

Die Städte, Gemeinden und Kreise verwiesen auf ihre finanzpolitisch schwierige Situation. Sie müssten „kurz- und mittelfristig eine nie dagewesene Kumulation gleichzeitig auftretender Herausforderungen bewältigen“, heißt es in der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen. Den Spitzenverbänden sei bewusst, dass sich auch das Land in einer schwierigen Haushaltslage befinde. Viele Herausforderungen, vor denen die Kommunen stünden, gälten „in ähnlicher und zum Teil gesteigerter Form für den Landeshaushalt“. Die Verbände mahnen zugleich, dass das Ziel der Schwarzen Null „nicht auf dem Rücken der Kommunen erreicht werden“ dürfe. Trotz schwieriger Ausgangslage steige das Haushaltsvolumen um ca. 7,6 Prozent, die Mittel zugunsten der Kommunen würden aber nur um 0,3 Prozent angehoben. „Dieses Missverhältnis ist durch eine Anhebung der Mittel für die Kommunen anzupassen.“

Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen wies ebenfalls auf die schwierige



allgemeine Lage hin und nannte u. a. sinkende Steuereinnahmen aufgrund der schwächelnden Wirtschaft bei zugleich zahlreichen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund werde positiv gesehen, dass die Landesregierung 2024 „im Kernhaushalt keine neuen Schulden“ aufnehmen wolle, nicht bei den Investitionen spare und zusätzlich in die Tilgung der aufgenommenen Sonderschulden aus den vergangenen Jahren einsteigen wolle. Begrüßt würden auch die Einsparbemühungen. Der Steuerzahlerbund kritisiert auf der anderen Seite u. a. den Anstieg der Personalausgaben und den Stellenzuwachs. Er fordert einen Subventionsbericht, um Einsparungen zu identifizieren, sowie eine schnellere Tilgung der Schulden aus den Sondervermögen, um ein weiteres Anwachsen der Zinskosten zu verhindern.

Schuldenbremse

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung sieht „deutlich reduzierte Handlungsspielräume“ im Landeshaushalt aufgrund der wirtschaftlich angespannten Lage. Durch die Rückkehr zur Schuldenbremse sei es erforderlich, mit der Tilgung der in den vergangenen Jahren aufgenommenen Kredite zu beginnen. Für die Mittel aus dem coronabedingten NRW-Rettungsschirm sei ein Tilgungszeitraum von 50 Jahren vorgesehen, „was insgesamt wenig ambitioniert“ erscheine. Allerdings werde für 2024 mit einer Rückzahlung von 3 Milliarden Euro ein „deutliches Signal“ gesetzt, dass die Rückzahlung konjunkturgerecht erfolgen solle.

Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) sieht enge finanzpolitische Spielräume. Die Schuldenbremse zwänge die Haushaltspolitik „in den kommenden Jahren in ein enges Korsett“. Dies gehe zulasten wichtiger Aufgaben. „Es stellt sich offenkundig die Frage, wie diese vielfältigen Herausforderungen gleichzeitig finanziert werden sollen, ohne auf zusätzliche Kredite zurückzugreifen“, heißt es in der Stellungnahme. Das IW bringt daher eine „wohlbedachte Öffnung der Schuldenbremse“ ins Spiel. Sie würde wichtige Spielräume eröffnen, ohne nachhaltig Staatsfinanzen zu gefährden. Das Institut schlägt die Möglichkeit für eine Nettoverschuldung in Höhe von 0,15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. „Für NRW würde dies im Jahr 2024 einen zusätzlichen Haushaltsspielraum von knapp 1,4 Milliarden Euro bedeuten, der im Zeitverlauf kontinuierlich steigen dürfte.“ *wib*

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Der Haushalt 2024 ...



Olaf Lehne
(CDU)



... wird unter schwierigen Rahmenbedingungen beraten. Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wirken fort, die hierdurch ausgelöste Energie- und Konjunkturkrise belastet die Wirtschaft und insbesondere die energieintensive Industrie in unserem Land. Das wirkt sich auch auf die Einnahmen des Landes aus und macht Einsparungen erforderlich.



Alexander Baer
(SPD)



... ist unkreativ und lässt nicht erkennen, wie die Landesregierung die Probleme des Landes angehen will. Vielmehr wird in vielen wichtigen Bereichen wie dem Sport sogar der Rotstift angesetzt. Die Demonstration mit mehr als 20.000 Beteiligten am 19. Oktober vor dem Landtag hat deutlich gemacht, dass es um die Zukunft der sozialen Infrastruktur geht.



Simon Rock
(Grüne)



... ist geprägt von den Krisen unserer Zeit und deshalb ein Sparhaushalt. Trotz steigendem Haushaltsvolumen ist nicht alles finanzierbar, was politisch wünschenswert ist. Insbesondere die Inflation, die schwierige wirtschaftliche Situation sowie der Anstieg gesetzlich vorgeschriebener Ausgaben stellen uns vor große Schwierigkeiten.



Ralf Witzel
(FDP)



... ist trotz historischer Rekorderlöse strukturell nicht ausgeglichen, da seine Finanzierung auf Sondereffekte und Taschenspielertricks setzt: Ausgabenreste aus früheren Jahren werden ins neue Jahr umgebucht, die NRW.BANK ausgeplündert, der Pensionsfonds angezapft statt befüllt und Zehntausende offene Stellen nicht besetzt. Notwendige Impulse für Wohlstand, Wachstum und Zukunftsinvestitionen fehlen.



Dr. Hartmut Becker
(AfD)



... ist ein Zahlenwerk des Scheiterns. Er ist auf Kante genäht. Die schwarz-grüne Koalition muss an die eiserne Reserve des Pensionsfonds gehen, um den Ausgleich sicherzustellen. Die Zinsausgaben steigen dank hoher Altschulden. Die desaströse Ampelpolitik mit ihrer Industrie-feindlichkeit kommt in NRW im Haushalt an.

Haushaltsentwurf 2024

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Priorisierungen ...

... sind bei diesen Rahmenbedingungen unumgänglich. Wir setzen einen Schwerpunkt bei Schule und Bildung, bei Kindern, Jugend und Familien. Allein für die Bildung geben wir insgesamt rund 38 Milliarden Euro aus – mehr als ein Drittel aller Ausgaben. Auch die Stärkung der Inneren Sicherheit mit 3.000 neuen Kommissaranwärtern bleibt Eckpfeiler unseres Handelns.

... sind in diesem Entwurf nicht zu erkennen. Zwar rühmt sich die Landesregierung damit, dass Bildung und Innere Sicherheit einen Schwerpunkt bilden, davon ist im Haushalt selbst aber nichts zu erkennen. Vielmehr wird beispielsweise bei der Ausrüstung der Polizei sogar gespart. Auch im Schulbereich werden die drängenden Probleme nicht angegangen.

... sind dringend notwendig. Wir haben deshalb als schwarz-grüne Koalition einen Schwerpunkt auf Zukunftsausgaben wie Bildung und Klimaschutz gelegt. So investieren wir auch in diesen finanziell sehr herausfordernden Zeiten in unsere Zukunft sowie in die unserer Kinder und treiben dabei den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran.

... finden leider nicht sinnvoll statt. Dreistellige Millionenbeträge werden für ein Dickicht an zweifelhaften bürokratischen Förderprogrammen oder den grünen Transformationsfonds verschleudert. Statt dieser staatlichen Verhaltens- und Wirtschaftslenkung würden marktwirtschaftliche Impulse mehr Wachstum (und in der Folge Einnahmen) generieren. Bei dieser Mangelverwaltung fehlen Mut und Kraft für neue Ideen.

Der Rechtsstaat muss handlungsfähig bleiben. Darüber hinaus ist endlich mit einer Aufgabenkritik zu beginnen und der Beschäftigten-Überhang in den Ministerien abzubauen. Die Kosten für die Versorgung von Migranten müssen auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Die Schuldenbremse ...

... ist das Fundament unserer nachhaltigen, soliden und generationengerechten Haushaltspolitik. Für den Haushalt 2024 bedeutet das, dass wir keine neuen Kredite aufnehmen werden. Denn klar ist: In Zeiten steigender Zinsen gibt es Schulden nicht mehr zum Nulltarif. Die Schulden von heute engen die Handlungsspielräume von morgen ein.

... darf dringend benötigte Investitionen nicht verhindern. Der DGB hat in einer Studie aufgezeigt, wo diese Bedarfe sind und wie sie trotz Schuldenbremse behoben werden können. Mit der NRW.Bank und anderen Landesbeteiligungen verfügt das Land über ausreichend Möglichkeiten, um die Infrastruktur trotz Schuldenbremse zu ertüchtigen. Dazu fehlt Schwarz-Grün aber offensichtlich der Mut.

... im Grundgesetz braucht dringend ein Update, damit sinnvolle Zukunftsinvestitionen nicht an der Finanzierung scheitern.

... ist von zentraler Bedeutung für solide und nachhaltige Finanzen im Sinne der jungen Generation und das Standortvertrauen der Wirtschaft. Leider wird sie aber von den Grünen abgelehnt und der CDU nur formal eingehalten. Fragwürdige Einmalerglöse verdecken die strukturelle Unterfinanzierung dieses Haushalts. Bereits 2023 hat eine wohl unzulässige Kreditaufnahme das Neuverschuldungsverbot durchbrochen.

... ist notwendig und muss beachtet werden. Sie muss endlich in der Landesverfassung verankert werden. Ökonomisch mögen gewisse Spielräume bei der Verschuldung geboten sein, Politiker vergessen aber leider immer, in guten Zeiten die Verschuldung zurückzuführen. Die Schuldenbremse ist das einzige wirksame Mittel dagegen.

Herausforderungen ...

... gehen wir mit Entschlossenheit und einem klaren Kompass an. Es hilft aber nicht, wenn einem aus Berlin immer weitere Steine in den Weg gelegt werden. Die Entlastungsmaßnahmen des Bundes engen unsere Spielräume im Umfang von 4 Milliarden Euro pro Jahr ein. Gleichzeitig fehlen konkrete und verlässliche Zusagen der Ampel beispielsweise bei der Flüchtlingsfinanzierung oder den kommunalen Altschulden.

... müssen aktiv angegangen und gelöst werden. Dafür bietet der Landeshaushalt die Grundlage. Nach über einem Jahr lässt die Landesregierung immer noch nicht erkennen, wie sie die enormen Herausforderungen meistern will. Das haben auch alle Sachverständigen in der Anhörung deutlich gemacht. Der stete Fingerzeig nach Berlin reicht nicht, jetzt sind Mut und aktives Anpacken gefragt.

... bleiben groß, werden wir aber gemeinsam meistern. In schwierigen Zeiten müssen alle demokratischen Parteien an gemeinsamen Lösungen arbeiten, um den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die bestmöglichen Leistungen und Lebensbedingungen bieten zu können.

... werden sogar da nicht in Angriff genommen, wo CDU und Grüne dies versprochen haben, wie bei verbesserten Kommunalfinanzen. In Zeiten von Rekordinflation fehlen Entlastungen für Bürger und Betriebe. Chancen für eine wachstumsfördernde und vermögensbildende niedrigere Grunderwerbsteuer für Wohneigentum wurden ebenso verspielt wie für eine faire aufkommensneutrale Grundsteuer und maßvolle Kommunalabgaben.

... sind der immer stärker werdende Zufluss an Migranten nach Nordrhein-Westfalen, die marode Infrastruktur, die Verschuldung der Kommunen, die steigenden Zinsen und der hohe Altschuldenberg. Außerdem ist es fraglich, ob die aktuelle Besoldung der Beamten den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht.

Parlamentsnacht 2023:

29. September 2023 – Der Landtag hat die Nacht zum Tag gemacht: Rund 4.500 Gäste kamen auf Einladung von André Kuper, Präsident des Landtags, zur Parlamentsnacht. Sie erlebten das Gebäude in den Abendstunden, informierten sich bei Talkrunden, den Fraktionen des Landtags und hörten bei Konzerten sowie Poetry Slams zu.



Wo sonst geladene Konsulinnen und Konsuln sowie Königinnen unterschreiben: das Gästebuch des Landtags



Gespräch mit dem Düsseldorfer Karnevalswagenbauer Jacques Tilly

Der Hammer schlägt – zum Ersten, zum Zweiten ... und zum Dritten! – für einen guten Zweck an diesem Abend: Keramiken, Skulpturen, ein Seidentepich und vieles mehr liegt in der Bibliothek des Landtags für eine Benefizauktion bereit. Es sind Geschenke aus nahen und fernen Ländern, den Regionen Nordrhein-Westfalens, von Institutionen sowie hochrangigen Gästen, die an Landtagspräsidentinnen und -präsidenten überreicht wurden und nun bei der Parlamentsnacht versteigert werden.

Auktion für einen guten Zweck

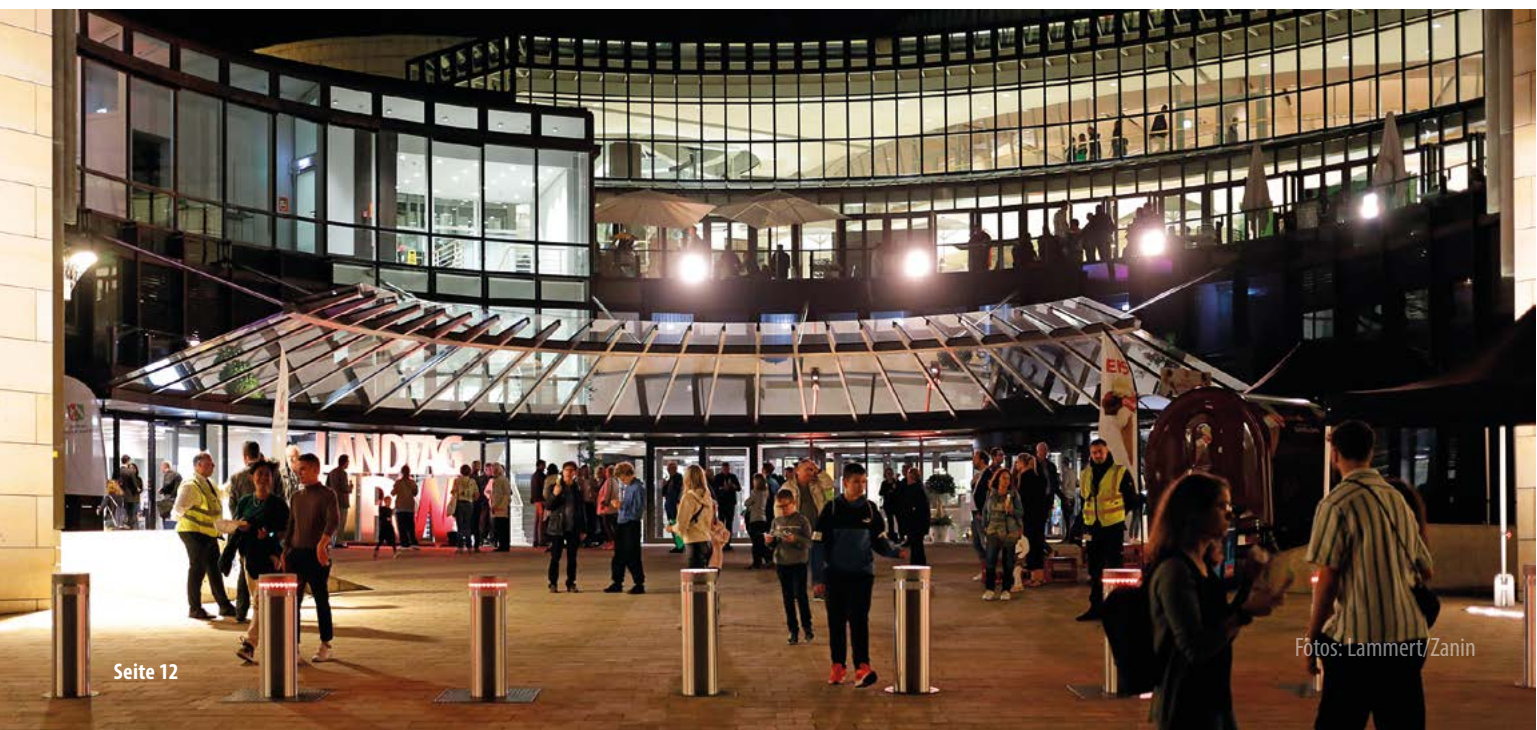
Moderator René Le Riche präsentiert gerade zwei Mokka-Tassen aus der Türkei und freut sich auf eine „Bieterschlacht“. Die ersten Gebote lassen nicht lange auf sich warten: erst ein zögerliches „2 Euro“, dann ein bestimmtes „10 Euro“. – „Da sind wir aber noch weit vom eigentlichen Wert entfernt!“, wendet der Moderator ein, um den Preis für den guten Zweck hochzutreiben. Prompt folgen weitere Gebote – bis der Hammerschlag schließlich bei 35 Euro erfolgt.

So geht das weiter. Ein Kupferstich aus Brüssel, eine Quarzuhr aus Japan, ein Bleikristall-Krug aus Österreich kommen unter den Hammer. 32 Objekte sind es insgesamt, die versteigert werden und mehr als 1.500 Euro in

die Kasse bringen. Hinzu kommen Einnahmen aus dem Sektverkauf im Empfangsraum des Landtags. Der Erlös geht in voller Höhe an die Hilfsorganisation „Aktion Deutschland Hilft“, die sich auch mit einem eigenen Stand während der Parlamentsnacht präsentiert.

Es sind kurzweilige und ungewöhnliche Aktionen wie die Benefizauktion, aber auch Konzerte, Führungen, Diskussionen sowie das Programm der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen, die für Information und Unterhaltung sorgen. Rund 4.500 Besucherinnen und Besucher folgen der Einladung von Landtagspräsident André Kuper, der selbst aufgrund einer Erkrankung nicht teilnehmen kann: „Die Parlamentsnacht ist ein Demokratie-Fest in besonderer Atmosphäre und eine wunderbare Gelegenheit, mit der Landespolitik ins Gespräch zu kommen und den Landtag neu, anders und bei Nacht kennenzulernen“, sagte Kuper vorab, um auf den Abend einzustimmen.

Die Sängerin BB Thomaz, der Bochumer Singer-Songwriter Hannes Weyland, Künstlerinnen und Künstler des Apollo-Varietés sowie der Zauberkünstler Yuta Maruyama treten auf mehreren Bühnen an repräsentativen Orten im Landtag auf. Nachwuchskünstlerinnen und -künstler tragen ihre Texte beim Poetry Slam „Poetry for future“ in der Bibliothek vor. Der Düsseldorfer Künstler Jacques Tilly berichtet



Ein Fest der Demokratie

über seine Arbeit rund um den Karneval. Und in Gesprächsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen geht es in der Bürgerhalle um aktuelle politische Fragen sowie Wege in die Politik.

Die fünf Fraktionen im Landtag präsentieren sich mit Ständen, die ganz eigene Akzente erkennen lassen. Das zeigt sich beim Rundgang. Es ist 19 Uhr, die Primetime der Parlamentsnacht: Abgeordnete der CDU kommen vor dem Saal der eigenen Fraktion mit Gästen ins Gespräch. In einem Lastenrad, das in einer Ecke parkt, liegen Reparatursets für Fahrräder zum Mitnehmen bereit. Daneben lassen sich zwei Besucherinnen mit einem aufblasbaren Mikrofon in der Hand und einem bunten Hut auf dem Kopf an einer Fotostation ablichten, die hier „Cheese-Box“ heißt. Im Fraktionssaal stehen Geschicklichkeitsspiele auf dem Programm.

Unterhaltsam und politisch

Bei der SPD-Fraktion führen „Die Physikanten“, eine Gruppe aus Witten, die aus Wissenschaftssendungen im Fernsehen bekannt sind, physikalische Experimente vor und bieten Tisch-Tüfteleien an. Bei einer Podiumsdiskussion geht es im SPD-Fraktionssaal danach um ein bildungspolitisches Thema: den Lehrkräftemangel an Schulen, besonders in MINT-Fächern, der die Abgeordneten auch in den vergangenen Wochen im Plenum beschäftigt hat.

Weiter geht's zu den Grünen, die sich vor dem Eingang zum Plenarsaal mit ihrem Stand präsentieren. An einem Glücksrad gibt es Samenbomben, Gummibärchen und Brotdosen zu gewinnen. Kostenlos verteilt werden grüne Tragetaschen. „Klimaretter*in“ steht darauf geschrieben. Beliebt bei Kindern, Eltern und vielen anderen Gästen sind Fruchtsäfte aus „bio-veganer“ Produktion. Daneben ringen Gäste mit Abgeordneten beim Kickern um Sieg und Niederlage.

Nebenan beim Stand der FDP-Fraktion informieren Start-ups über Geschäftsideen: ein Betrieb aus Paderborn etwa, der Robotik-Technologien für Mittelständler anbietet, und ein Biotech-Unternehmen aus Düsseldorf, das humanbasierte Testverfahren entwickelt. Auf einem Podium berichten Start-ups über Herausforderungen bei der Gründung ihrer Unternehmen. Außerdem am Stand: Süßigkeiten und eine Fotobox, an der sich Abgeordnete mit Gästen austauschen.

Weiter führt der Rundgang zum Stand der AfD-Fraktion. „Oktoberfest“ lautet hier das



Landtagsvizepräsidentin Berivan Aymaz und der stellvertretende Düsseldorfer Bürgermeister Josef Hinkel schneiden die Jubiläumstorte an.

Motto. Drei Männer halten mit Fassbier gefüllte Maßkrüge mit gestrecktem Arm in die Höhe. Wer am längsten ausharrt, bekommt eine Urkunde ausgestellt. In einem Ausschusssaal liegen Ausgaben der fraktionseigenen Zeitschrift „Blickwinkel“ aus. Ringsherum: Marktstände mit Zuckerwatte, Wettngeln und auch hier eine Fotobox, in der sich Gäste ablichten lassen können.

Mit Neugierde und Interesse lassen sich Besucherinnen und Besucher von Stand zu Stand treiben. Sie gewinnen Einblicke in die Politik, in Meinungen und Standpunkte. Am Ende tragen sie ganz unterschiedliche Botschaften mit nach Hause: in der einen Hand ein gebackenes Lebkuchenherz etwa mit dem Namen einer Fraktion, in der anderen ein Jutebeutel einer Fraktion ganz anderer Couleur. Soviel ist klar: Unterhaltsam war es, auch politisch – und die Meinungsbildung endet nicht an diesem Abend. *tob*

Die Parlamentsnacht stand unter dem Motto „35 Jahre Landtag am Rhein“ und erinnerte daran, dass das Landtagsgebäude am 2. Oktober 1988 mit einem Festakt eröffnet wurde. Ein Video zur Parlamentsnacht findet sich auf der Internetseite des Landtags unter www.landtag.nrw.de/mediathek.



Einstimmung auf die Parlamentsnacht: der Düsseldorfer Mädchen- und Jungenchor



Zeit zum Staunen: der Zauberkünstler Yuta Maruyama

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

„Multi Surfaces“: CDU-Fraktion lädt zu Vernissage ein



Der Zufall spielt eine große Rolle in ihrer Technik: Acryl und Spachtelmasse ergeben bewegte und bewegendes Farbkompositionen. Für Hilde Hüllwegen stellt die Leinwand, so beschreibt sie es, eine geistige und emotionale Herausforderung dar und ermöglicht ein Herantasten mit allen Sinnen. „Die Art und Weise, mit verschiedenen Materialien und Farben in Schichttechnik zu arbeiten, schafft neue, schichtweise Sichtweisen und künstlerische Ausdrucksformen“, sagt die Künstlerin. Vom 9. November bis 15. Januar zeigt sie unter dem Titel „Multi Surfaces“ ausgewählte Werke im Foyer der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dem Besucher, so betont Hilde Hüllwegen, ist es freigestellt, seiner Fantasie beim Betrachten der Exponate freien Lauf zu lassen und somit eigene Sehweisen zu

entwickeln: „Spannend finde ich immer, wenn ein Betrachter sagt: Ich würde das Bild anderherum aufhängen. Bitteschön, alles ist möglich!“ Wer sich einen Eindruck verschaffen möchte, ist bei der Vernissage am 9. November um 18 Uhr willkommen. Anmeldung bis 5. November per E-Mail an gabriele.arentz@landtag.nrw.de. Die Ausstellung kann auch im Anschluss während der Öffnungszeiten des Landtags nach Terminvereinbarung mit Gabriele Arentz besucht werden.



Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst: Ohne Beschäftigte ist kein Staat zu machen

Die Anforderungen an staatliche Institutionen und den Öffentlichen Dienst steigen: Polizei und Justiz sollen schneller und präsenter agieren, an den Schulen sollen Kinder individueller gefördert werden, die Genehmigungsverfahren im Bereich Bauen müssen beschleunigt werden. Doch allein in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen fehlen mehr als 22.000 Fachkräfte. Viele Bedienstete scheidern demnächst aus Altersgründen aus. Was muss geschehen, damit der Öffentliche Dienst wieder als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird? Das haben wir am 17. Oktober mit den Spitzen des Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Deutschen Beamtenbunds diskutiert.

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, und Roland Staudé, 1. Vorsitzender des DBB NRW, waren sich einig, dass die Rahmenbe-



dingungen geändert werden müssen. „Mehr Attraktivität des Öffentlichen Dienstes gibt es nicht zum Nulltarif“, stellte unser Fraktionsvorsitzender Jochen Ott fest. Das Land werde Geld in die Hand nehmen müssen, um finanzielle Anreize zu setzen. „Wir brauchen dringend eine Kehrtwende: mit einer höheren Arbeitszufrie-

denheit, geringeren Krankenständen und weniger Belastungen – insbesondere durch eine zeitgemäße Digitalisierung“, so Ott abschließend.



Mobilitätswende im ländlichen Raum gestalten

Wie kann die Mobilitätswende im ländlichen Raum gelingen? Eine Frage, mit der sich unsere Fraktion auf ihrer Klausurtagung Ende September in Harsewinkel im Kreis Gütersloh beschäftigt hat. Die Mobilitätswende im ländlichen



Raum steht vor anderen Herausforderungen als in den Ballungsräumen. Mit einem Mobilitätsexperten der Hochschule Bielefeld tauschten sich die Abgeordneten und Mitarbeitenden unter anderem über die Chancen der Digitalisierung, autonomes Fahren und die Reaktivierung von Trassen aus.

Anschließend ging es auch auf die Schiene: Mit dem Zug erkundete die Fraktion Teile der stillgelegten Trasse der Teutoburger-Wald-Eisenbahn (TWE) und informierte sich über die „Mobilitätsachse Harsewinkel — Gütersloh — Verl“. Die Bahnstrecke soll ab dem Jahr 2027 ein staufreies und umweltfreundliches Nahverkehrsangebot mit Anschluss an den Regional- und Fernverkehr bieten.

„Eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft braucht eine effiziente und nachhaltige Mobilität, die niemanden zurücklässt. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, wo die Menschen auf eine funktionierende Infrastruktur und innovative Konzepte angewiesen sind“, betonte unsere Fraktionsvorsitzende Wibke Brems vor Ort. Die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke könne somit ein Beispiel dafür sein, wie die Mobilitätswende im ländlichen Raum auch langfristig gelingen kann.



Persönliche Daten von Unschuldigen müssen sicher und nachprüfbar gelöscht werden

Stellen Sie sich vor: Sie besuchen ein Fußballspiel oder nehmen an einer Demonstration teil – und Sie geraten als Unbeteiligter in eine Auseinandersetzung. Daraufhin wird ein Strafverfahren eingeleitet und am Ende stellt sich heraus, dass Sie unschuldig sind. Der Rechtsstaat hat also seine Arbeit gemacht, alles hat gut funktioniert und Ihre personenbezogenen Daten werden selbstverständlich von der Polizei gelöscht. Oder nicht?

Personen, bei denen sich im Laufe des Strafverfahrens herausstellt, dass sie unschuldig sind, haben grundsätzlich einen Anspruch darauf, dass ihre personenbezogenen Daten durch die Polizeibehörden gelöscht werden. Die Landesbeauftragte für Datenschutz in NRW hat in ihrem Bericht des Jahres 2022 jedoch festgestellt, dass die Lösungspraxis per-



Dr. Werner Pfeil (FDP)

sonenbezogener Daten unschuldig verfolgter Personen in Polizei-Datenbanken nicht gesetzeskonform abläuft.

„Als Liberale haben wir ein substantielles Problem damit, dass unschuldige Personen als potentielle Straftäterinnen oder Straftäter in Datenbanken gespeichert sind. Durch automatisierte Datenabgleiche geraten auf diese Weise unbescholtene Bürgerinnen und Bürger ins Ermittlungsumfeld der Polizei. Diesen datenbasierten Vorverdacht wollen wir durch eine Änderung im Polizeigesetz zukünftig ausschließen“, erklärt Dr. Werner Pfeil, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die FDP-Fraktion hat deshalb eine Initiative in das Landesparlament eingebracht.



Eine solide Finanzpolitik ist eine Säule bürgerlicher Politik

Aktuell wird im Landtag der Haushaltsentwurf 2024 diskutiert. Eine solide Finanzpolitik mit maßvollen Steuern und niedrigen Staatsausgaben ist eine Säule bürgerlicher Politik.



Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Diese Politiktradition hat unserem Land lange Freiheit und Wohlstand beschert. Doch von dieser Tradition ist kaum noch etwas übrig geblieben. Die AfD ist die einzige Partei, die sich diesem Verfall entgegenstellt und am klassischen Verständnis bürgerlicher Werte festhält.

Aktuell dazu das Beispiel zweier Abgaben: Bei der neuen Grundsteuer hat sich NRW für das komplizierteste Modell mit hohem Verwaltungsaufwand entschieden. Wenn es zu teuer wird, Steuern zu erheben, muss das anders

geregelt werden. Deshalb fordert die AfD, die Grundsteuer ganz abzuschaffen. Die Gemeinden werden durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer entschädigt, den sie teilweise selbst bestimmen können. Damit orientieren wir uns an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Für Mieter ergibt sich dadurch in der Regel sogar eine Entlastung.

Straßenbaubeiträge stellen ungeplante und große Belastungen dar. Viele private Haushalte können das Geld nur schwer aufbringen. Die meisten Bundesländer haben die Beiträge abgeschafft oder überhaupt nicht erst eingeführt. NRW betreibt nach neuer Gesetzeslage großen bürokratischen Aufwand, um betroffenen An-

wohnern die Hälfte der Beiträge zu erlassen. Die AfD, die sich seit Jahren bundesweit gegen die Erhebung von Straßenbaubeiträgen starkmacht, fordert ein Ende des nordrhein-westfälischen Sonderwegs und die Abschaffung auch in NRW. Es sieht immerhin so aus, als ob die Regierung endlich ein Einsehen hätte und unsere Argumente ernst nimmt.

Wir fordern die Regierung auch auf zu überlegen, welche Aufgaben der Staat in der heutigen Zeit anders oder nicht mehr übernehmen muss. Hier erwarten wir allerdings weniger Fortschritte.



Ehrung für die „guten Seelen“

25. September 2023 – „Ehrenamt hält NRW zusammen“: Unter diesem Leitgedanken hat der Präsident des Landtags, André Kuper, die Ehrenamtsmedaille ins Leben gerufen. Ende September war Premiere: Die Auszeichnung wurde im Rahmen einer Feierstunde erstmals verliehen.

Der Präsident überreichte die mit jeweils 3.000 Euro dotierten Ehrenamtsmedaillen an sieben Initiativen und Einzelpersonen, die sich in besonderer Weise um die Demokratie, die Belange ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger oder das Gemeinwohl verdient gemacht haben.

Kuper betonte: „Rund sechs Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen engagieren sich in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich. Sie sind die guten Seelen der Gesellschaft. Ihre Leistung verdient Anerkennung und Ehrung. Denn das Ehrenamt hält Nordrhein-Westfalen

zusammen. Die Ehrenamtsmedaille des Landtags würdigt herausragende Leistungen und soll motivieren, sich für unsere Gesellschaft zu engagieren.“

Der Jury gehören das Präsidium des Landtags mit Präsident Kuper, den Vizepräsidenten



Die Jury der „Ehrenamtsmedaille“ mit allen Preisträgerinnen und Preisträgern des Jahres 2023. Fotos: Hartmann



Präsident André Kuper (r.) hatte die Preisträgerinnen und Preisträger vor der Verleihung zu einem Empfang eingeladen.

Hilde Schulte-Schmies – AG Miteinander Elspe

Die AG Miteinander Elspe bringt seit fast 50 Jahren im Kreis Olpe Menschen mit und ohne Behinderung zusammen. Die Behinderungen sind sowohl körperlicher als auch geistiger Art. Die 25 Ehrenamtlichen organisieren Treffen wie Tanz- oder Spieleabende oder Karnevalsveranstaltungen.

Sigrid Alt und Anita Mirche – Bürgerverein Porz-Mitte (Köln)

Der Verein unterstützt in einem Stadtbezirk mit vielen Problemen und Herausforderungen Kinder, Jugendliche und sozial Schwächere. Seit der Gründung vor elf Jahren sammelte der Verein 286.500 Euro Spenden und unterstützte damit u. a. Porzer Jugendzentren, Schulen und Kindergärten sowie Vereine.

FairSorger (Essen)

Die Anlaufstelle unterstützt Bedürftige dreimal wöchentlich mit einer Grundversorgung aus Lebensmitteln, Kleidung und Hygieneartikeln. Darüber hinaus bietet der Verein den Bedürftigen ein offenes Ohr, Wärme und Halt.

der Gesellschaft“

Manfred Leuker (Altenberge)

Seit 30 Jahren engagiert sich Manfred Leuker in Altenberge u. a. als Ratsmitglied, stellvertretender Bürgermeister, Einkaufsbushalter für Seniorinnen und Senioren, Koordinator des Ladens „von Mensch zu Mensch“, Fahrer von Bedürftigen und als Deutschlehrer für Geflüchtete.

Deutsch-Orientalisches Ärzteforum

Sieben Ärzte leisten seit knapp zwei Jahren humanitäre Hilfe für Menschen in Not. Sie brachten 500 Kilogramm Hilfsgüter in das Erdbebengebiet der Türkei und Nordsyriens, unterstützen die Berufsausbildung und -weiterbildung von Heilberufenden und Heilberufenden und den Austausch in- und ausländischer Fachgesellschaften.

[U25] Paderborn

Das Projekt gehört zum Caritasverband und berät onlinebasiert junge Menschen, die Suizidgedanken hegen. Mehr als 160 speziell ausgebildete Jugendliche und junge Erwachsene kümmern sich an mehr als zehn Standorten um die Hilfesuchenden Personen.



Präsident André Kuper würdigte die Arbeit der Ehrenamtlichen.



Jury, Preisträgerinnen und Preisträger sowie die Moderatorin des Abends, Laura Wontorra (2.v.r.).

Norbert van der Koelen – Elektroseelsorger gUG

Die Elektroseelsorger gUG betreibt Katastrophenhilfe im Flutgebiet des Ahrtals und hat mehr als 15.000 verschlammte Elektromaschinen repariert. Sie unterstützte bei der Notstromversorgung und hilft bei der Neuinstallation elektrischer Anlagen für unterversicherte Betroffene.

Rainer Schmeltzer und Christof Rasche sowie Vizepräsidentin Berivan Aymaz an. Weitere Mitglieder sind Stephanie Krause, Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen NRW, Jochen Beuckers, Mitglied des Sprecher:innen-Teams des Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement NRW, und Stefan Ast, Geschäftsführer der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege. Die Jury wählte die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger aus rund

80 Bewerbungen aus ganz Nordrhein-Westfalen aus.

Die Ehrung soll nun jährlich stattfinden. Die Bewerbungsfrist für die Ehrenamtsmedaille des Jahres 2024 beginnt am 5. Dezember 2023, dem Tag des Ehrenamts. *red*

Mehr Informationen: <https://lt.nrw/ehrenamt>

Ein Video der Verleihung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de/mediathek.



Spanischer Botschafter

26.9.2023 – Der spanische Botschafter in Deutschland, Ricardo Martínez Vázquez, hat Einblicke in die politische Entwicklung seines Heimatlandes gegeben und über Schwerpunkte beim aktuellen Vorsitz Spaniens im Rat der Europäischen Union berichtet. Europa müsse an gemeinsamen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit festhalten, sagte der spanische Botschafter im Ausschuss für Europa und Internationales. „Sonst sind wir keine Europäer.“ Spanien habe nach dem Zweiten Weltkrieg 40 Jahre Diktatur erleiden müssen. Erst danach habe sich das Land wirtschaftlich und kulturell frei entwickelt – auch dank der Unterstützung durch die Europäische Union, der sich viele Spanierinnen und Spanier hoch verbunden fühlten. Martínez Vázquez äußerte sich zuversichtlich, dass unter der Ratspräsidentschaft Spaniens bis Ende des Jahres eine europäische Einigung beim „Pakt für Asyl und Migration“ erzielt werde. Die Verhandlungen seien weit fortgeschritten. Eine politische Entscheidung sei notwendig.

Hilfe beim Lernen

27.9.2023 – Das der Pandemie geschuldete Förderprogramm „Ankommen und Aufholen“ für Schülerinnen und Schüler ist ausgelaufen. Der Ausschuss für Schule und Bildung wollte wissen, wie es nun weitergehe. Dr. Urban Mauer, Staatssekretär im Schulministerium, erläuterte, unabhängig von zeitlich befristeten Programmen biete das Land kontinuierlich Möglichkeiten, um Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf zu stärken. Diese habe es auch schon vor Corona gegeben, die Pandemie habe die Situation aber verschärft. An das ausgelaufene Programm schließe sich nun nahtlos das Aktionsprogramm „Integration“ an, mit dem die NRW-Schulen bis Ende 2023 in Summe knapp 50 Millionen Euro erhalten und befristet zusätzliches Personal einstellen könnten, um geflüchtete Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Darüber hinaus solle ab dem kommenden

Schuljahr ein neues Bund-Länder-Programm mit dem Namen „Startchancen“ für mehr Chancengerechtigkeit unter den Schülerinnen und Schülern sorgen und den Zusammenhang von Herkunft und Schulerfolg abmildern. Dazu erhalte NRW zehn Jahre lang jährlich etwa 230 Millionen Euro vom Bund zusätzlich zu den landeseigenen Finanzmitteln. Die Abgeordneten begrüßten, dass die Verteilung der Bundesmittel die sozialen Herausforderungen an den Schulen in den Bundesländern berücksichtigen soll. Außerdem stellten sie Fragen zur Landesfinanzierung.

Geflüchtete

27.9.2023 – Der Integrationsausschuss hat sich mit der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen befasst. Laut monatlichem Bericht des zuständigen Integrationsministeriums wurden von Januar bis Ende August rund 46.000 Geflüchtete in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Bochum registriert. Das Land stellt demnach derzeit rund 31.000 Unterbringungsplätze in eigenen Einrichtungen zur Verfügung. Deren durchschnittliche Auslastung habe zum Stichtag 29. August 2023 bei 89 Prozent gelegen. Integrationsministerin [Josefine Paul](#) (Grüne) ergänzte im Ausschuss, dass die Zuzugslage nach wie vor hoch sei. Es gebe einen „hohen Druck“ auf das Landessystem, und die Landesregierung arbeite daran, Kapazitäten auszubauen. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Nachfragen, u. a. nach der Größe von neu geplanten Einrichtungen, der Anzahl der Gesamtplätze oder den Zielen der Landesregierung.

Gesundheit

27.9.2023 – Die gesundheitliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen im Winter 2023/24 war Thema im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Grundlage war ein Bericht der Landesregierung ([18/1656](#)). Demnach gebe es aktuell „keine Hinweise auf eine sich abzeichnende Coronawelle“. Expertinnen und Exper-

ten gingen davon aus, dass „SARS-CoV-2 in eine endemische Phase übergeht und damit Teil einer jährlichen Erkältungswelle sein wird“. Eine große Herausforderung seien derzeit Lieferengpässe bei Arzneimitteln. Darunter fielen auch Antibiotika, besonders für Kinder. Es bestehe seit dem Frühjahr ein Versorgungsmangel bei antibiotischen Kindersäften. Bei den Fiebersäften für Kinder habe sich die Versorgungslage dagegen normalisiert. Aktuell seien 504 Lieferengpässe bei Medikamenten gemeldet. Sie seien auch eine Folge von „Weichenstellungen“, die auf Bundesebene getroffen wurden, sagte ein Sprecher der Landesregierung. Nötig sei eine „europäische Lösung“, um Medikamente verstärkt in Europa herzustellen und weniger von globalen Lieferketten abhängig zu sein.

Antisemitismus

19.10.2023 – Der Hauptausschuss hat sich mit dem Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) für das Jahr 2022 befasst. Die Stelle wurde im Oktober 2021 gegründet und wird vom Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration gefördert. RIAS NRW erfasste laut Bericht für das Jahr 2022 insgesamt 264 antisemitische Vorfälle. Dazu zählten vier Fälle von extremer Gewalt, fünf Angriffe, sechs Bedrohungen, 27 gezielte Sachbeschädigungen, neun Massenzuschriften, 60 Versammlungen sowie 153 Fälle verletzenden Verhaltens. Für den Ausschuss hat die Landesregierung einen eigenen Bericht ([18/1621](#)) vorgelegt. Es zähle nicht zu den Aufgaben von RIAS NRW, „proaktiv“ an öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen teilzunehmen, um diese auf antisemitische Vorfälle hin zu beobachten, heißt es darin. Der Erkenntnisgewinn stünde „aus hiesiger Sicht in keinem Verhältnis zu den möglichen Anfeindungen und/oder Gefahren, denen die eingesetzten Personen ggfs. ausgesetzt wären“. Laut RIAS NRW können Versammlungen mit antisemitischer Ausrichtung allerdings von Zeuginnen und Zeugen gemeldet werden.

Porträt: Dr. Martin Vincentz (AfD)



Noch bevor Martin Vincentz in sein Büro kommt, steht der Verdacht im Raum: Klimakleber in Düsseldorf. Schon wieder? So hatte es ein Fernsehteam ihm gegenüber geäußert, als der AfD-Vorsitzende noch im Auto saß, auf dem Weg in den Landtag. Später wird sich herausstellen, dass es Greenpeace-Aktivisten waren, die im Medienhafen einen Großeinsatz der Polizei verursachten. Klar ist an diesem Vormittag im Oktober aber nur: Der Rheinufertunnel ist dicht, nichts geht mehr, und Martin Vincentz steckt fest.

Rund eine Stunde später trifft der 37-Jährige im Landtag ein. Genervt? Nein, es liege doch auf der Hand: Wer eine Botschaft überbringen wolle, kalkuliere die Provokation und Einschränkung anderer ein, sagt der Mann im Hemd und dunklen Sakko. Das sei üblich bei Demos. Problematisch werde es allerdings, wenn Verkehrswege blockiert würden und selbst die Polizei nicht mehr durchkomme. „Da kann ich nicht mitgehen“, sagt der AfD-Politiker.

Es klingt moderat, versöhnlich, wie er das sagt. Überhaupt stammen seine Worte nicht aus der Abteilung Attacke. Er konzentrierte sich mehr darauf, was er sage, und weniger, wie er es sage. Das entspreche seinem Naturell – nicht nur in der Politik: Auch als Arzt in Krefeld sei er es gewohnt gewesen, erst zuzuhören, zu analysieren und dann eine solide Diagnose zu stellen.

In einem bürgerlichen Elternhaus in Krefeld wuchs Vincentz auf. Am Küchentisch sei

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dr. Martin Vincentz, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag. Der 37-jährige Arzt lebt in Krefeld.

viel über Tagespolitik diskutiert worden, erzählt er. Seine Mutter, eine Postbeamtin, und sein Vater, ein Kaufmann, hätten ihm vermittelt, dass sich engagieren müsse, wer etwas verändern wolle. Ein Zitat von Charles Bukowski, eingerahmt in der Küche, kann Vincentz noch heute wiedergeben: „Alles Unglück dieser Welt hängt damit zusammen, dass die Dummen so selbstgewiss und die Klugen so voller Zweifel sind.“

Am Niederrhein habe er alles in allem eine für seine Generation typische Kindheit erlebt – „mit viel zu süßen Cornflakes, Comics und einem Nintendo-Gameboy“. Schon früh, mit sechs Jahren, begann er mit Degenfechten, das schnell mehr wurde als ein Hobby. Mehrfach war Vincentz später NRW-Meister und auch Deutscher Meister im Mannschaftsfechten.

Der Sport fasziniert ihn bis heute. Fechten sei physisch anstrengend, aber auch ein „Denksport“, erzählt Vincentz. Es werde als „das kluge Boxen“ bezeichnet und habe ihn viele Lektionen gelehrt. Zwei Typen seien ihm bei Wettkämpfen in ganz Europa begegnet: die dominanten Fechter, die anderen ihren Stil aufkotroierten, sowie die „Konterfechter“, die aus der Beobachtung heraus agierten. Er sei, ganz seinem Naturell entsprechend, mehr der letztere Typ gewesen, ein Konterfechter.

Vom Arzt zum Politiker

Nach dem Abitur begann Vincentz sein Medizinstudium an der Universität in Köln. Ein kleines Apartment, nebenbei jobben, viel lernen, zudem fechten und Freunde treffen – so beschreibt er im Rückblick seine Studenzeit, in der er eher zurückgezogen gelebt habe.

Mit der Politik kam er verstärkt erst nach dem Studium in Berührung. Ausschlaggebend seien einerseits Positionen von AfD-Mitbegründer Bernd Lucke und dessen Kritik an der Euro-Politik vor rund zehn Jahren gewesen. Hinzu seien Mängel im Gesundheitssystem gekommen, die Vincentz als praktizierender Arzt erkannte: „Selbst hoch idealisierte Menschen werden in kurzer Zeit verschlissen.“

Als Arzt sei er „hoch beschäftigt“, aber „geistig nicht ausgelastet“ gewesen. Einige Male besuchte er Treffen der AfD-Ortsgruppe in Krefeld und kam schnell mit der Landesspitze der Partei in Kontakt. Bereits 2015 stieg

er zum gesundheitspolitischen Sprecher der NRW-AfD auf. 2017 zog er als Abgeordneter für die AfD in den Landtag ein, seit 2022 ist er Vorsitzender seiner Fraktion sowie im AfD-Landesverband.

Bis heute gebe es unterschiedliche Strömungen in der AfD. Von einem „Rechtsruck“ der AfD, wie es in Medien oft heiße, könne dagegen nicht die Rede sein, weder in NRW noch bundesweit. Das seien Zuschreibungen von außen, verbreitet oft von Ausgeschiedenen aus der Partei nach politischen Niederlagen.

Schade sei, dass die AfD mit einer „Brandmauer“ von politischen Prozessen abgeschnitten werde, sagt Vincentz. Er selbst sei überzeugt von „Demokratie, Mitwirkung und Teilhabe“, bezeichnet sich als „bürgerlich liberal“. Wer rechtsradikal oder -extrem sei, habe in der Partei nichts zu suchen. Dafür zu sorgen, sei auch seine Aufgabe als Landesvorsitzender. tob

Zur Person

Dr. Martin Vincentz wurde 1986 in Tönisvorst im Kreis Viersen geboren. Er lebt mit seiner Frau und zwei Töchtern in Krefeld.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich lese gerne und viel, weil es einfach zu viele gute Bücher gibt, um nur eins auszuwählen. Freuds „Zur Psychopathologie des Alltagslebens“ oder doch lieber Hemingways „Paris, ein Fest fürs Leben“?

Welche Musik hören Sie gerne?

Kommt immer auf die Stimmung an. Manche Tage sind es AC/DC, andere Miles Davis und wieder andere Claude Debussy.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Licht.

Ihr liebstes Reiseziel?

Es gibt noch zu viel zu sehen, um das abschließend zu beantworten, aber es schlägt mich immer wieder zurück an die Côte d'Azur.

Kurz notiert

Besuch in Ankara

Kurz vor dem 100. Staatsjubiläum der Republik Türkei Ende Oktober ist eine Delegation der Parlamentariergruppe NRW-Türkei in die türkische Hauptstadt Ankara gereist. Unter Leitung des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe und Landtagsvizepräsidenten Rainer Schmeltzer besuchten die Abgeordneten am 28. September das Mausoleum des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk. Die Delegation legte dort in einer offiziellen Zeremonie unter Beteiligung der Türkischen Ehrengarde einen Blumenkranz nieder. Landtagsvizepräsident Rainer Schmeltzer trug sich im Anschluss für die Delegation und den Landtag Nordrhein-Westfalen in das Gedenkbuch des Mausoleums ein.

Wallonie

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 26. Oktober 2023 seinen Amtskollegen André Frédéric im Landtag empfangen. Er ist Präsident des Parlaments der Wallonie, einer von drei Regionen des Königreichs Belgien, die unmittelbar an Nordrhein-Westfalen grenzt. Die Parlamentspräsidenten tauschten sich u. a. über die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Regionen und Kooperationsmöglichkeiten aus. Nordrhein-Westfalen pflegt bereits zu Flandern und zur deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien enge Kontakte bis hin zum parlamentarischen Austausch und zu gemeinsamen Kabinettsitzungen der Regierungen. Mit der Wallonie soll dieser Austausch nun ebenfalls intensiviert werden.

Gestorben

21.10. **Manfred Braun** (SPD/95)
MdL 1975 - 1995

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 19. Dezember 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 15. Dezember 2023, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gedenken

Landtag, Landesregierung und Landeshauptstadt Düsseldorf erinnern am Donnerstag, 9. November 2023, an die Opfer der Pogromnacht vor 85 Jahren. Es sprechen u. a. der Präsident des Landtags, André Kuper, Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller und Ministerpräsident Hendrik Wüst. Schülerinnen und Schüler werden aus Briefen des jüdischen Ehepaars Otto und Paula Mayer an ihre Söhne lesen. Beiden erwachsenen Söhnen war die Flucht aus Nazideutschland gelungen. Die Pogromnacht vom 9. November 1938 markiert den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden ab 1933 hin zu ihrer systematischen Verfolgung und Vernichtung. Die Gedenkstunde wird ab 11 Uhr live im Internet übertragen unter www.landtag.nrw.de. Es gibt zudem einen barrierefreien Stream.

Foto: imago/Michael Matthey

